"Es kann sein, dass die Städte aus dem Gleichgewicht geraten"

Autor(en): **Meier, Ruedi / Bachmann, Monika**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **103 (2006)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840469

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Städteinitiative Sozialpolitik fordert Finanzausgleich

«Es kann sein, dass die Städte aus dem Gleichgewicht geraten»

«Werden die Probleme der Sozialhilfe Beziehenden komplexer, ziehen sie früher oder später in ein Zentrum»: Ruedi Meier

Bild: zvg

«Die Schweizer Städte sind zwar funktionsfähig, doch im sozialen Bereich gibt es Probleme», sagt Ruedi Meier. Der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik fordert deshalb, dass die Einrichtungen der sozialen Sicherung zentraler gesteuert werden.

Die Schweizerische Sozialhilfestatistik legt es an den Tag: In den städtischen Zentren ist die Sozialhilfequote dreimal höher als in ländlichen Regionen. Herr Meier, wo liegen die Gründe für diesen markanten Unterschied?
Diese Entwicklung ist nicht neu, man konnte sie bereits mit verschiedenen Untersuchungen in einzelnen Kantonen oder Regionen nachweisen. In vielen Städten ist der Wohnungsmarkt grösser, das Angebot differenzierter als auf dem Land. Dazu kommt, dass die Städte verschiedene Spezialangebote im Sozialbereich zur Verfügung stellen. Ich denke da zum Beispiel an Angebote im Bereich Gesundheit und Sucht oder familienergänzende Betreuung.

Bestimmt das bessere Angebot die Nachfrage?
Die Angebote sind entstanden, weil sie ganz klar einem Bedürfnis entsprochen haben. Sie sind in den meisten Fällen nicht sehr grosszügig angelegt. Es ist aber eine Tatsache, dass die Betroffenen ihren Wohnort auch auf das Angebot ausrichten. Eine gewisse Zentralisierung ist grundsätzlich eine sinnvolle Sache, weil sie sich als Organisationsform bewährt. Man kann ja nicht in jedem Dorf eine Notschlafstelle einrichten.

Das hat zur Folge, dass die Zentren eine Sogwirkung haben.
Dies lässt sich nicht vermeiden. Entscheidend ist nun, wie die Städte damit zurechtkommen. Die Schweizer Städte funktionieren zurzeit noch. Sie haben aber im sozialen Bereich gewisse Probleme. Und es könnte sein, dass sie aus dem Gleichgewicht geraten.

Besteht die Gefahr, dass die Städte längerfristig verarmen?
Die Solidarität ist gefragt: Städte und Agglomerationen sind auf die Unterstützung aller Regionen angewiesen. Dieser Ausgleich ist zurzeit mangelhaft. Kanton und Stadt Luzern beispielsweise sind umgeben von ländlich geprägten Kantonen. Nidwalden, Zug, Schwyz und neu auch Obwalden haben sich steuertechnisch zu Dumpingkantonen entwickelt. Das ist bedenklich. Die Zentren müssen sich vehement dagegen wehren, dass die sozialen Pro-

bleme an sie delegiert und ihnen die finanziellen Lasten dafür aufgebürdet werden.

Welche konkreten Massnahmen sieht die Städteinitiative aufgrund dieser Entwicklung vor?
Im Bereich der Finanzpolitik darf der Steuerwettbewerb zwischen städtischen Zentren und ländlichen Gebieten nicht aus dem Ruder laufen. Der Bund soll nicht nur mit den Kantonen zusammenarbeiten, sondern er muss gestützt auf Artikel 50 der Bundesverfassung berücksichtigen, welche Folgen seine Politik für die Städte und Gemeinden hat.

Sie erwarten also eine bessere Steuerung seitens des Bundes?
Ja, wir benötigen im Bereich der sozialen Sicherheit eine markant engere Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Es braucht ein Kooperations- und Koordinationsgesetz als zentrales Steuerungsinstrument. Beim Bund stehen zurzeit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und die Revision der Invalidenversicherung an. Wenn der Zugang zu den Sozialversicherungsleistungen erschwert wird, wirkt sich das umgehend auf die Sozialhilfe aus, was wiederum Städte und Gemeinden, aber auch die Kantone stärker belasten wird.

Nach Erscheinen der Sozialhilfestatistik hat die Wochenzeitung *Die Weltwoche* die Städte dazu aufgerufen, ländliche Organisationsstrukturen in der Sozialhilfe zu kopieren, um die Fallzahlen zu reduzieren. Was halten Sie davon?
Ich bin immer froh um gute Ideen ... Im Ernst: Mit solcher Medienpolemik habe ich grosse Mühe. Ich habe als Sozialdirektor der Stadt Luzern oft Kontakt zu ländlichen Gemeinden und den dortigen Sozialhilfebehörden. Im Gespräch mit diesen Leuten stelle ich fest, dass die Arbeitsweise auf dem Land unserer sehr ähnlich ist. Kleinere Gemeinden schliessen sich einem regionalen Zentrum an, auch dort arbeiten Fachleute. Aber die soziale Dynamik in ländlichen Gebieten ist anders.

Was heisst das?
Offensichtlich gelingt es in den Dörfern eher, Menschen, die kurzfristig Sozialhilfe beziehen müssen, wieder zu stabilisieren und einzubinden. Bei schwierigeren oder komplexeren Problemen ziehen aber die Betroffenen früher oder später in ein Zentrum. Ich sage damit nicht, dass diese Leute aktiv in die Stadt abgeschoben werden. Die Betroffenen haben in den Zentren einfach mehr Möglichkeiten: Es gibt Nischenarbeitsplätze, Tagesstruktur-Angebote, der Arbeitsmarkt ist breiter und die Kinderbetreuungsangebote sind grösser.

Welche Rolle spielt die Anonymität in der Stadt und die soziale Kontrolle auf dem Land?

> «Die urbanen Gebiete und Städte spiegeln in ungeschminkter Weise den Zustand unserer Gesellschaft wider.»

Wer ein Recht auf finanzielle Unterstützung hat, bezieht diese auf dem Land ebenso wie in der Stadt. Vielleicht ist es tatsächlich so, dass das soziale Netz auf dem Land etwas tragfähiger ist und die soziale Kontrolle auch positive Auswirkungen haben kann. Wenn die Unterstützungssituation aber längere Zeit andauert, steigt die Gefahr, dass die Betroffenen zum Dorfthema werden. Das ist unangenehm.

Fortsetzung S. 6

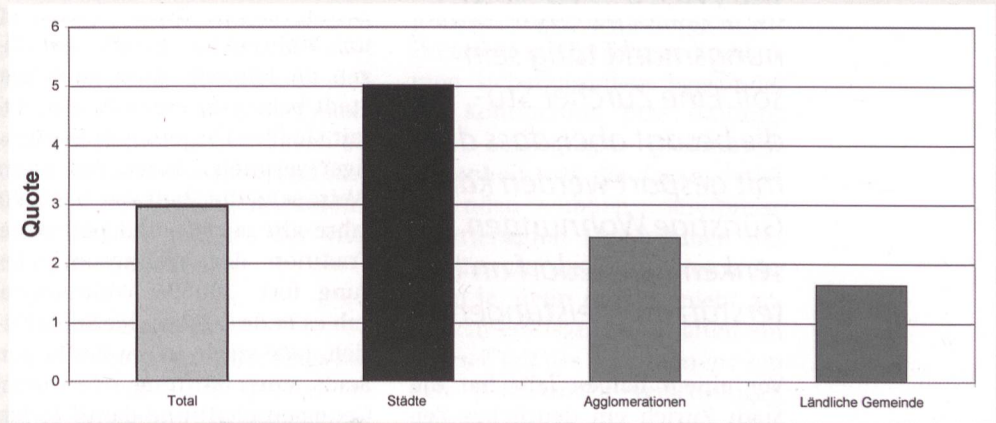
SCHWEIZERISCHE SOZIALHILFESTATISTIK

Markantes Stadt-Land-Gefälle

In diesem Frühjahr hat das Bundesamt für Statistik erstmals Zahlen zur Situation der Sozialhilfe in der Schweiz präsentiert. Die Ergebnisse basieren auf Erhebungen aus dem Jahr 2004. Ein Phänomen sticht dabei ganz besonders heraus: Das Gefälle zwischen Stadt und Land ist markant. Während die Sozialhilfequote in den städtischen Zentren 5 Prozent beträgt, ist sie in den ländlichen Gemeinden mit 1,6 Prozent deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt, der bei 3 Prozent liegt und rund 220 000 Personen umfasst. Ein Viertel der unterstützten Personen lebt in den fünf grössten Schweizer Städten Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne. In diesen Zentren liegt die Sozialhilfequote wesentlich über dem schweizerischen Durchschnitt. Dies zeigt sich auch im Vergleich der Kantone: Der Kanton Basel-Stadt weist eine Quote von 6,5 und der Kanton Waadt von 4,4 Prozent auf, währenddem die Quote im Kanton Nidwalden bei 0,9 oder in Appenzell Innerrhoden bei 0,6 Prozent liegt. Das markante Stadt-Land-Gefälle widerspiegelt sich auch im Vergleich der Gemeindetypen. Fast 50 Prozent aller Sozialhilfe Bezügerinnen und Bezüger leben in Städten, rund 35 Prozent in Agglomerationen und nur rund 15 Prozent in ländlichen Gemeinden. (mb)

Weitere Infos: www.socialsecurity-stat.admin.ch

Sozialhilfequote nach Gemeindetypen, 2004



Quelle BFS, Sozialhilfestatistik 2004

Sie haben letzthin gesagt, die Schweiz sei eine Stadt.
Richtig, denn rund zwei Drittel der Schweizer Wohnbevölkerung leben in Agglomerationen, Städten und städtischen Gebieten. Daraus wird deutlich, dass die Fragen, welche die Städte beschäftigen, auch gesellschaftspolitische Relevanz haben. Die urbanen Gebiete und Städte spiegeln in ungeschminkter Weise den Zustand unserer Gesellschaft wider. Sozialpolitik muss vor allem hier ansetzen. Genau deshalb braucht es finanzielle Solidarität seitens der Regionen und Kantone.

In verschiedenen Städten entstehen so genannte Kleinstädte: Braucht es städtebauliche Massnahmen, um die «Gettoisierung» zu verhindern?
Die Lebensqualität ist entscheidend. Wo viel Lärm und Schmutz sind, ist der Wohnraum billig. Dadurch können Gettos und Parallelgesellschaften mit wirtschaftlich schwachen und kulturell schlecht integrierten Bevölkerungsgruppen entstehen. Deshalb ist es wichtig, dass man die Investitionstätigkeit anregt und neue Überbauungen plant. Es müssen Massnahmen ergriffen werden, die den Stadt- und Lebensraum aufwerten und das soziokulturelle Zusammenleben und die Integration fördern. Damit kann eine Durchmischung der Bevölkerungsschichten stattfinden. In der Stadt Luzern verfolgen wir diese Politik.

Die städtebauliche Ausrichtung vor Ort ist also zentral?
Nicht nur, aber auch. In Luzern haben wir eine so genannte Faustregel definiert: Mindestens ein Viertel des Wohnraums soll einkommensschwachen Menschen offenstehen. Zwei Viertel richten sich an Mittelschichten und ein Viertel ist auf gut bis sehr gut verdienende Leute ausgerichtet. Wir streben einerseits die Durchmischung der Bevölkerung an, andererseits sorgen wir für ausreichende Steuereinnahmen, damit die Stadt handlungsfähig bleibt.

Und welche Politik betreibt die Städteinitiative in dieser Frage?
Integrationspolitik. Das heisst unter anderem, dass die Durchmischung der Bevölkerung in den Quartieren ein Ziel sein muss. Auch in den Schulen sollte eine Durchmischung von Kindern aus verschiedenen Milieus und Kulturen angestrebt werden. Die deutsche Sprache muss Leadersprache bleiben, damit sich die allgemeine Kommunikation und die gesellschaftlichen Chancen der Einzelnen verbessern. Eine Gettoisierung oder das Heranwachsen von Parallelgesellschaften sind keine Optionen.

Das Gespräch führte Monika Bachmann

ZUR PERSON

Ruedi Meier ist Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und Sozialdirektor der Stadt Luzern (Grünes Bündnis). Die Städteinitiative ist eine Tochterorganisation des Schweizerischen Städteverbands. Sie vertritt die sozialpolitischen Anliegen der Städte gegenüber dem Bund und den Kantonen.

Sozialer Wohnungsbau in Zürich und Bern

Günstig wohnen in der Stadt

In verschiedenen Städten, Kantonen und selbst auf Bundesebene ist umstritten, ob die öffentliche Hand auf dem Wohnungsmarkt tätig sein soll. Eine Zürcher Studie besagt aber, dass damit gespart werden kann: Günstige Wohnungen senken den Bedarf an Unterstützungsleistungen.

Vor einem halben Jahr hat die Stadt Zürich ein deutliches Zeichen gesetzt. Mit einem Ja-Anteil von fast 80 Prozent haben die Stimmbürger 30 Millionen Franken für die so genannte Wohnbauaktion 2005 gutgeheissen. Das Geld wird in Wohnungen für unterste Einkommensschichten investiert: Baugenossenschaften erhalten zinsgünstige Darlehen, um Wohnungen gezielt verbilligen zu können. Aber auch die Stadt bekommt einen Anteil, damit sie ihre Liegenschaften günstiger vermieten kann. Auf diese Weise setzt die Stadt ihre bald 100 Jahre alte soziale und politische Tradition der Wohnraumförderung fort. 200 596 Wohnungen gab es Ende 2003 in der Stadt Zürich, jede vierte ist im Besitz der Stadt, einer Stiftung oder einer Genossenschaft und damit 15 bis 35 Prozent günstiger als vergleichbare Wohnungen auf dem Markt. Mit diesen Zahlen nimmt Zürich punkto sozialer Wohnförderung schweizweit einen Spitzenplatz ein. Die Stadt selbst besass Ende 2003 6746 Wohnungen, 3270 gehörten zudem einer von drei städtischen Stiftungen. Für ihre Wohnungen verlangt die Stadt lediglich eine Miete, welche die Kosten deckt und gibt sie damit meist günstiger ab als private Vermieter. Rund 3300 Wohnungen sind zudem subventioniert. Dort sind die Mietbedingungen allerdings sehr strikt und an Einkommen, Vermögen, Personenzahl und teilweise Alter geknüpft.

Studie in Zürich

Die Wohnförderungsstrategie der Stadt Zürich geht auf. Zu diesem Schluss kommt zumindest ei-